

## 1. Ausgangslage

Die Diskussion um BE hat in Schramberg in den letzten 10 Jahren Zug um Zug eine neue Qualität gewonnen. Nicht zuletzt durch die landesweiten Kampagnen zur Reaktivierung der Rolle der Bürgerschaft und zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 wurden zahlreiche Impulse gesetzt. In Schramberg ist Bürgerengagement aber nicht erst seit dieser Zeit angesagt. Seit der Mitte des vorletzten Jahrhunderts lassen sich unzählige bürgerschaftliche Aktivitäten im kulturellen, sozialen, sozialpolitischen und Natur- und Umweltschutzbereich feststellen. Nicht immer zur Freude der Obrigkeit. Eindrucksvoll lässt sich dies anhand der Stadtchroniken, des Stadtbuchs von 1992, der Bilanz zur LA 21, des Mitmachprojekts Einmischen-Gestalten-Widerstehen, ja der bürgerschaftlichen Programmgestaltung der Heimattage schlechthin, des Netzwerks Kommunale Kriminalprävention oder jetzt aktuell der bürgerschaftlichen Mitmachaktion „Faires Schramberg“ belegen.

Bürgerschaftliches Engagement wird gemeinhin definiert durch Freiwilligkeit, Unentgeltlichkeit und Gemeinwohlorientierung. Verwaltung, Bürgerschaft und Gemeinderat setzten sich in diesem Kontext in den vergangenen Jahren immer wieder mit Fragen und Aktivitäten des BE auseinander, Programme wurden entworfen und Beschlüsse gefasst.

So wurden die Kommunalen Leitbilder (1993-1996) unter Regie der Verwaltung von Bürgerarbeitskreisen erarbeitet und vom GR beschlossen. Im Verwaltungsleitbild ist die Absicht zu lesen: „Mit unseren Bürgerinnen und Bürger eine lebenswerte Zukunft zu gestalten“, die „Schramberger Tafel als ein Modell für Bürgerschaftliches Engagement“ wird von Gemeinderat und Stadtverwaltung unterstützt, der LA 21-Beschluss mit Maßgabe „einer breiten Vernetzung der Zusammenarbeit von verschiedenen örtlichen Gruppierungen und Institutionen“ impliziert Beteiligung breiter Bevölkerungskreise, die enge Kooperation zwischen Verwaltung und Bürgerschaft bei der Steuerung der Heimattage hat sich bestens bewährt, die Einrichtung von Beiräten, Beteiligung von Kirchen und Sozialverbänden ist selbstverständlich.

**Man könnte sagen: In Schramberg ist Bürgerbeteiligung/ Bürgerorientierung/ Bürgerengagement nichts Aufgesetztes, wird in gewachsenen Strukturen praktiziert, ist von Verwaltungsspitze und Gemeinderat gewollt.**

### 1.1 Situation nach der Verwaltungsmodernisierung

Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung wurde zum 11.2001 beim Fachbereich III, „Kultur und Soziales“ die Abteilung Jugend, Familie, Bürgerschaftliches Engagement eingerichtet. Bereits in dieser Begrifflichkeit dokumentiert die Stadt: „Bei uns in Schramberg hat BE einen Stellenwert“. Die bis dahin explizit unter BE laufenden Aktivitäten, insbesondere Projekte, die durch die Landesinitiativen (Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement im Sozialministerium, Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement, Städtnetzwerk) angestoßen wurden oder durch landesweiten Austausch auf der Bürgerebene auch in Schramberg praktizierten Projekte wurden vom Hauptamt koordiniert und unterstützt. Andere Großprojekte wurden von den jeweils betroffenen Ämtern/ Einrichtungen befördert.

Bis auf die zitierten Vorgaben (Gemeinderätliche Grundsatzbeschlüsse Gemeinderatsbeschlüsse für konkrete Projekte) gibt es bis dato jedoch keine Zielvorgaben oder Aufgabenbeschreibung zur Förderung/ Unterstützung von Bürgerbeteiligung/ Bürgerorientierung/ Bürgerengagement. Das bedeutet: grobe

Vorgaben sind nicht operationalisierbar, sind möglicherweise der subjektiven Ausgestaltung und dem Engagement der Abteilungsleiterin oder einem/ einer anderen verantwortlichen MitarbeiterIn unterworfen. In jedem Fall aber dem personellen Zeitbudget und den subjektiven oder von außen gesetzten Prioritäten/ Zwängen.

So wurde z.B. die mit großem Engagement und viel freiwilliger Bürgerarbeit vorbereitete, auch vom Gemeinderat beschlossenen „Agentur für freiwillige Arbeit“ 1999 aus verschiedenen Gründen „auf Eis“ gelegt.

1999 und 2000 standen dann für alle freiwillig Engagierten und die Stadtverwaltung die Heimattage mit der bekannten Arbeitsfülle an.

Das Jahr 2001 wurde von den Vereinten Nationen als „Internationales Freiwilligenjahr“ ausgerufen. Bundes- und landesweite Kampagnen sollten dem Freiwilligenengagement und der Zivilgesellschaft neuen Aufschwung geben. Im Vorfeld wurde von der Bundesregierung eine große repräsentative Erhebung zu Freiwilligenarbeit, ehrenamtlicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement in Auftrag gegeben (15.000 befragte BürgerInnen), der sogenannte Freiwilligenurvey. Wie viele Studien davor wurde konstatiert, dass neben dem bereits engagierten Drittel der Bevölkerung noch ein großes Engagementpotential von weiteren 30% vorhanden sei. Ebenfalls auf Bundesebene begann die Enquetekommission zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ mit ihrer Arbeit. Im Juni 2002 wurden die endgültigen Ergebnisse vorgelegt.

## **2. Aktivitäten der Stadt im Internationalen Freiwilligen Jahr 2001**

In Schramberg haben wir das Bundesmotto „Was ich kann ist unbezahlbar“ aufgegriffen und während der Sommermonate in beiden Lokalzeitungen freiwillig tätige Bürgerinnen aus den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern portraitiert. Es wurden an alle bekannten Vereine und Gruppierungen Fragebogen versandt und um Beantwortung gebeten. ca. 70 Portraits kamen zurück. Dabei sollten nicht in erster Linie die Persönlichkeiten im Vordergrund stehen, sondern deren Motivation für das Engagement. Hintergedanke bei dieser Aktion war natürlich auch, dass andere, bisher noch nicht freiwillig tätige BürgerInnen sich angesprochen fühlen könnten, auch einmal ihr Talent ins Gemeinwohl einzubringen.

Die Motive bestätigen was in den einschlägigen Untersuchungen schon länger bekannt ist: Freiwilliges Engagement ist wechselseitiges Geben und Nehmen. Neben gemeinwohlorientierten Motiven, kommen immer wieder auch die eigene Freude und der Spaß an der Arbeit zum Ausdruck.

Am 17.11.2001 veranstaltete die Stadt Schramberg zum ersten Mal einen Würdigungstag für freiwillig Engagierte, finanziell gefördert durch das Sozialministerium. Eingeladen waren alle, die sich an der Portraitaktion beteiligt haben sowie alle anderen Ehrenamtlichen, wiederum eingeladen über die Vereine, Initiativen, öffentlich ausgelegte Einladungen und die Presse. Es haben sich 120 BürgerInnen angemeldet, überwiegend an der Basis tätige Menschen, wenig Funktionäre, einzelne im Sport Aktive, einige wenige Jugendliche. Unter den TN war auch eine Gruppe von freiwillig Engagierten der Partnerstadt Hirson aus verschiedenen Tätigkeitsfeldern.

Vom Programm her war der Tag als „Dankeschöntag“ im Sinne von „Anerkennungskultur“ angelegt mit informativen Impulsreferaten, Diskussionsforen, Gaumenfreuden und kulturellem Programm.

Organisation und Durchführung lag in der Hand der Stadt, die aktiven BürgerInnen sollten diesen Tag genießen dürfen. Lediglich die Gesamtmoderation der Veranstaltung war Sache einer Bürgerin: Karin Birkel.

Die Moderation der sechs Diskussionsforen und deren zusammenfassende Redaktion wurde ebenfalls von MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung übernommen (Martin Dust, Helmut Hug, Gisela Lixfeld, Brigitte Maute, Karl Pröbstle, Ingrid Rebmann, Elke Ringl-Klank (einzige Bürgerin), Albert Röcker.

Auf der Basis von drei Auswertungsrunden, an denen die Moderatorengruppe teilweise beteiligt war, können nachfolgende Ergebnisse vorgestellt werden:

## **2.1 Ergebnisse**

### **2.1.1. Zusammensetzung der Foren**

- Gruppe Pröbstle: Schramberger Tafel, Schwarzwaldverein, Altenbegegnung, Besuchsdienst Altenheim, Politischer Frauenstammtisch, Krankenhausbibliothek  
Kinder- und Jugendarbeit in der französischen Partnerstadt
- Gruppe Lixfeld: JUKS, Kindergottesdienstteam, SPD-Ortsverein, Orgelkonzert-Förderverein, Schramberger Tafel, Sportverein, Städtepartnerschaft, Kirchenmusik
- Gruppe Rebmann: JUKS, Jugendarbeit, Krankenhaus, Soziale Dienste, Türkischer Elternverein, französischer Verein für Städtepartnerschaft, Frauengruppe, Sport
- Gruppe Ringl-Klank: Nachbarschaftshilfe, Hospizarbeit, Gefangenenbetreuung, Sport, Kinder- und Jugendarbeit im Sportbereich aus der Partnerstadt
- Gruppe Röcker: Politik, Soziales, Kultur
- Gruppe Hug: Politik, Soziales, Jugendarbeit

### **2.1.2. Fragestellungen**

Als Anregung für den Fachaustausch standen folgende Aussagen in den Räumen (Zitate aus Deutschland 2010, Horts Opaschowski, Bremen 2001)

- Jeder Mensch braucht eine Aufgabe
- Das Gefühl, gebraucht zu werden, zählt mehr als Geld.
- Etwas Sinnvolles für sich und etwas Nützliches für die Gemeinschaft zu tun, verdient gesellschaftliche Anerkennung

Folgende Fragestellungen galten für alle sechs Foren

- Was bewegt Sie zur Zeit am meisten in ihrem freiwilligen Engagement?
- Was unterstützt sie in Ihrem freiwilligen Engagement?
- Was behindert Sie in Ihrem freiwilligen Engagement?
- Was wären fördernde Rahmenbedingungen für Ihr Engagement?

### **2.1.3. Negative Aspekte, die aus allen Foren zusammenkamen:**

Überforderung (immer wieder verpflichtet zu werden, der Aufgabe gerecht zu werden, die Arbeit wird wenigen aufgebürdet, rechtliche und finanzielle Verantwortung, gefangen sein in einer immer weiter wachsenden Tätigkeit)

Einschränkung der persönlichen Spontaneität

Sich ausgenutzt fühlen

Keine Dankbarkeit

BE wird zur Selbstverständlichkeit

Zwischenmenschliche Probleme (Neid, Hierarchien, Machtkämpfe, Streit, Kritikfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Unzuverlässigkeit anderer Personen)

Unterstützung kann nicht eingefordert werden  
Mitglied: ja – Arbeit: nein  
Gefahr, Amt nicht wieder abgeben zu können  
Teamarbeit fehlt  
Zu wenig Helfer  
Wenig Unterstützung neuer Projekte  
Zielgruppe nicht erreichbar  
Spannungsbogen zwischen jung und alt  
„Wer hilft ist doof“

#### **2.1.4. Positive Aspekte/ Motivation**

Gemeinsame Interessen und gegenseitige Unterstützung  
Freude (über vermittelte Hilfe)  
In der Gruppe gemeinsam Freude erleben  
Sich selbst einbringen in die Gemeinschaft  
Persönliche Bereicherung  
Eigene Talente entdecken und fördern  
Eigene Ideen einbringen, Selbstverwirklichung  
Persönliche Weiterentwicklung, Lernerlebnis für sich selbst  
Kraft aus der Arbeit schöpfen  
Kontakte knüpfen, dazugehören  
Jeder Mensch braucht eine Aufgabe  
Respekt und Wir-Gefühl in der Gruppe  
Kulturelles Leben erweitern  
Perspektiven eröffnen  
„Wenn ich möchte, dass sich etwas verbessert, muss ich mich engagieren“  
Von Ideen anderer lernen

#### **2.1.5. Problemstellungen**

Leistung wird nicht erkannt und nicht anerkannt  
Vielfältige Freizeitangebote  
keine/ wenig Bereitschaft für langfristige Bindung  
Terminhäufung bei Kindern und Jugendlichen (auf Wunsch der Eltern)  
Trend zu konsumorientierten Freizeitangeboten  
Zusammenleben verschiedener Kulturen gestaltet sich schwierig  
Wenig Bereitschaft miteinander etwas zu tun  
Wenig Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen  
Freiwilligkeit sollte nicht verpflichten  
Vergleich ehrenamtlicher Tätigkeit mit Profiergebnissen  
Erfolg der Arbeit wird an öffentlicher Wirkung gemessen

#### **2.1.6. Unterstützung**

Fach austausch  
Schulung/ Lehrgänge  
Persönlichkeitsbildung  
Verständnis in der Familie/ PartnerIn  
Mehr Basisdemokratie in den Vereinen, Nachdenken über „klassische“ Strukturen  
Mehr Zielorientierung, weniger formale Aspekte  
BE-förderliche Strukturen schaffen  
Vernetzung mit „Profis“ für spezielle Aufgaben  
Freiwilligenbüro (Profis für Beratung)

### **2.1.7 Anerkennung**

Freiwilligenarbeit darf keine Selbstverständlichkeit sein

keine Alibigeschenke!

Positive Erinnerungen schaffen (Fotos, Dokumentation etc.)

Wenn Tätigkeit Spaß macht, keine zusätzliche Anerkennung nötig

„Ein Tag wie heute“

Gemeinsames geselliges Ereignis auch zum Erfahrungsaustausch

Aktionen, die die Vorbildfunktion stärken

Finanzielle Förderung des Vereins und des Projekts, nicht der Arbeitsleistung einzelner

Finanzielle Berücksichtigung in der Altersvorsorge (von Frauen)

Erfolg der Veranstaltung/ des Projekts ist bereits Anerkennung

„Helfer des Monats“

Präsenz von „Prominenten“ bei Veranstaltungen

Persönliches Feedback/ Lob durch die Zielgruppe

Dank, der von Herzen kommt

Emotionale Anerkennung (strahlende Kinder...)

Positive Resonanz in der Gruppe

Lob von der Organisationsleitung

### **2.2 Auswertung/Bewertung**

- Die im Vorfeld erschienenen Bürgerportraits wurden durchweg positiv aufgenommen. Die ganze Vielfalt des BE wurde deutlich. Es wurden Ehrenamtliche vorgestellt, die zuvor noch nie wahrgenommen wurden. Sehr gute Kooperation mit den Lokalzeitungen.
- Die Vorbereitung/ Organisation/ Koordination durch die zuständige Abteilung beim FB III wurde positiv bewertet. Die ModeratorInnen konnten auf vorbereitete Inhalte und Methoden zurückgreifen.
- Ca. 100 von 120 angemeldeten BürgerInnen haben teilgenommen. GruppenmoderatorInnen haben ausschließlich begeisterte Rückmeldungen erhalten. Die TN haben den Tag sehr genossen „Sich einmal verwöhnen lassen“, fühlten sich anerkannt und geehrt (besonders auch durch Anwesenheit von OB Zinell und Dr. Hummel, Leiter der Fachstelle BE im Sozialministerium)
- Die TN waren aktiv dabei, die Mitarbeit in den Foren war sehr engagiert. Die Teilnahme der französischen Gäste wurde als „toll“ und befruchtend charakterisiert. Die zufällig gemischten Gruppen und die Mischung von jung und alt war für den Gruppenprozess sehr förderlich.
- Dank der in allen Gruppen anwesenden kompetenten BürgerInnen mit französischen Sprachkenntnissen klappte der Austausch mit den französischen Gästen sehr gut.
- Die BürgerInnen genossen es, sich und ihre Arbeitsergebnisse sofort und öffentlich durch Videopräsentation visualisiert zu sehen.
- Bei den ModeratorInnen war der persönliche Grad der Zufriedenheit mit dem Freiwilligentag und mit der eigenen Aufgabenrolle sehr hoch. Allen hat ihre Mitwirkung „Spaß“ gemacht. Die Gesamtmoderation durch Karin Birkel wurde als sehr gelungen und authentisch „Die richtige Frau“ beurteilt

## 2.3 Interpretation

Als Konsequenzen aus den Bürgeräußerungen wurden folgende Punkte festgehalten:

- Weiterbildung, die sich am Bedarf orientiert
- Freiwilligentage „So ein Tag wie heute“
- Fest für alle
- Anerkennungskultur weiterentwickeln, strukturieren/ transparent machen
- Klären, welche Unterstützungsstrukturen BürgerInnen erwarten
- Infobroschüre/ Internet/ : Selbstverständnis der Stadt als bürgerorientierte Kommune
- Service/ Börse/ Hilfestellung: „Wo kann ich mich engagieren“
- BE ist Geld wert und kostet Geld

Zunächst muss gesagt werden, dass alle Ergebnisse durchweg mit solchen von wissenschaftlichen Studien zu diesem Themenfeld entsprechen, obwohl wir keine ausgewählte repräsentative Gruppe hatten und die Foren von den Themen her auch nicht so angelegt waren (gilt auch für Portraitserie).

## 3. Abgeleitete, zukünftige Maßnahmen

Vorweg: BürgerInnen sollen grundsätzlich angenommen werden als „Sachkundige“, die sich in „ihrer Sache“ auskennen; darüber hinaus besitzen sie oft berufliche Kompetenzen und Qualifikationen, die sie „gewinnbringend“ einsetzen können. Sie wollen also mitbestimmen, was wie getan wird. In allen Einsatzfeldern sollen sie das Gefühl haben, für die Zielerreichung einer Aufgabe/ eines Projekts gleichrangige PartnerInnen z.B. der Verwaltung zu sein.

### 3.1 Anerkennungskultur (drei Ws: Würdigung, Wertschätzung, Weiterbildung))

#### 3.1.1. Würdigung

- Ehrungen sind unverzichtbar (Bundesverdienstkreuz, Landesehrennadel, Verdienstorden des Landes, Ehrenbrief der Stadt, Sportlerehrung, Blutspenderehrung, Ehrenbürgerwürde, Ehrungen im Einzelfall)
- Fest für alle, Fachtag, Bürgertreff, Freiwilligentag „So ein Tag wie heute mit Infos, Austausch und Kultur“

#### 3.1.2 Wertschätzung

Belohnung

- BE-Card (Vergünstigungen für Parken, Busfahrten, Städtische Leistungen)
- Bonusheft (Handel und Gewerbe stellen Waren/ Dienstleistungen in selbstbestimmter Menge für BE zur Verfügung/ Beispiel Nürtingen))

Öffentlichkeitsarbeit

- BE-Zeitung (vierteljährlich), Internetforum: Möglichkeit, Öffentlichkeit über Leistungen der BE-lerInnen zu informieren
- Beteiligungsmöglichkeiten/ Engagementmöglichkeiten aufzeigen durch umfassende Information

#### Unterstützung

- Bürgerbüros als erste, stadtteilbezogene Anlaufstellen: Städtische Infrastruktur nutzen (kopieren, Versand, Telefon, Infos abrufen...)
- BE-Fachstelle berät, begleitet, sammelt Informationen und gibt sie weiter, macht Öffentlichkeitsarbeit, vernetzt, ist querschnittsmäßig tätig, ermöglicht Dialog und Kommunikation im Dreieck Bürgerschaft/ Politik/ Verwaltung
- Broschüre/Internetinfo zu allen relevanten BE/Vereins-Fragen herausbringen
- Know-How unter Freiwillig-Tätigen austauschen „Ehrenamtliche für Ehrenamtliche“
- Vereinswesen so fördern, dass Kooperationen belohnt werden (projektbezogen),
- Synergieeffekte in allen Bereichen freiwilliger Tätigkeiten fördern

#### **3.1.3 Weiterbildung**

- BE-relevante Kurse und Angebote im VHS-Programm langfristig sicherstellen (TN-Gebühren für BE-ler erlassen oder reduzieren)
- Bedarfsorientiert Qualifizierungsangebote zur Erweiterung persönlicher Kompetenzen machen/ spezielle Fortbildungen organisieren oder Teilnahme an überregionalen Fortbildungen ermöglichen

## **4. Rahmenbedingungen/ Gesamtkonzept**

(Hilfreich dazu: beiliegendes Leitbild Bürgerorientierte Kommune des CIVITAS-Netzwerkes aus dem Jahr 2000)

#### **4.1 Strukturen schaffen (Richtlinienkompetenz Gemeinderat)**

- Politisch fixieren, was Schramberg unter Bürgerorientierter Kommune verstehen will
- Grundsätze/ Selbstverständnis: Ziele für Bürgerschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam entwickeln und definieren,
- unterstützende Infrastruktur personell, räumlich, finanziell schaffen

Berichterstattung über Zielerreichung in regelmäßigen Abständen vereinbaren (Lokale Demokratieberichterstattung, schwedisches Modell)

#### **4.2. BE in allen Fachbereichen (Unterstützungsauftrag)**

- In allen Fachbereichen soll Bürgerorientierung praktiziert werden. Förderung von BE betrifft grundsätzlich alle Ressorts und Bereiche der Kommunalpolitik und des Verwaltungshandelns. Dazu gehört Schulung der MitarbeiterInnen auf allen Ebenen
- Ermöglichungs- und Unterstützungshaltung soll sich entwickeln
- Evaluation in festgelegtem Zeitrahmen
- Bürgerorientierung prozesshaft anlegen

#### **4.3. Rolle der BürgerInnen**

Mitwirkungsmöglichkeiten mit bürgerschaftlichen Gruppen gemeinsam entwickeln, konkrete Projekte erarbeiten und umsetzen.

#### **4.4. Lenkung**

„Kommission“ mit gemischter Besetzung (BürgerInnen, Fachstelle, GR) zur Lenkung des Gesamtprozesses. Ziel: Win-Win Situation für alle Beteiligten herstellen.

#### **4.5. Fachstelle**

Fachstelle sollte ein Mindestarbeitszeitvolumen von 40% bis 50 % für BE-Aufgaben haben. Vorgenannte Aufgaben müssen geplant, organisiert, koordiniert und vernetzt werden. Informationspool muss aktuell sein und allen zur Verfügung stehen. BE-Prozessbeobachtung auf Landes/ Bundesebene und in der Fachdiskussion. Laufende Arbeit muss evaluiert und transparent gemacht werden.

**Wenn jeder an seiner Stelle bürgerorientiert arbeitet, noch stärkere Vernetzung und Informationsaustausch selbstverständlich werden, müsste Schramberg (unter dem Aspekt der langen BE-Tradition) mit dieser Zeitressource auskommen.**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der VA nimmt den BE-Bericht zur Kenntnis.

Schramberg, 9.8..2002

Krystyna Saurer



## **Leitbild Bürgerorientierte Kommune**

(Ergebnis der CIVITAS-Konferenz, abgestimmt mit der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagement“ des deutschen Bundestages, den kommunalen Spitzenverbänden, sowie den kommunalpolitischen Vereinigungen; Gedacht als bundesweiter Qualitätsmaßstab für Kommunen, die sich auf den Prozess größerer Bürgerorientierung einlassen wollen)

### **Grundsätze der Bürgerorientierung**

- Wir wollen in unserer Kommune einen politischen Grundkonsens erreichen, der bürgerschaftlicher Mitwirkung einen hohen Stellenwert gibt.
- Wir haben erkannt, dass Bürgerengagement und Bürgerorientierung erhebliche Vorteile für das sinnvolle Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Bürgern bieten. Sie stärken insbesondere das Gemeinwesen.
- Wir sind davon überzeugt, dass Bürgerorientierung und Bürgerengagement die Qualität, Effizienz und Legitimation der Entscheidungsprozesse innerhalb der Kommune maßgeblich stärken.
- Wir streben ein partnerschaftliches und respektvolles Verhältnis zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern an.
- Wir verstehen Bürgerorientierung als integrierten Prozess: Wir arbeiten gemeinsam mit beteiligten Bürgern an Planungen und deren Umsetzung. Wir informieren im Vorfeld transparent, intensiv und professionell.
- Wir führen einen dauerhaften Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern.
- Wir gewährleisten, dass Bürger die Entscheidungsstrukturen von Politik und Verwaltung sowie die Entscheidungen selbst nachvollziehen können.
- Wir setzen vielfältige bürgerschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten ein und nutzen sie kreativ.
- Wir widmen jenen Bevölkerungsgruppen besondere Aufmerksamkeit, die bis dato in Politik und Verwaltung unterrepräsentiert sind.
- Wir fördern Bürgerorientierung innerhalb erfahrbarer Einheiten, z.B. Stadtteilen und Quartieren.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgern, Stadtteilparlamenten und bürgerschaftlichen Initiativen mehr Entscheidungsrechte eingeräumt werden.
- Wir treten dafür ein, dass Bürgerschaftliches Engagement die gebührende gesellschaftliche Anerkennung findet, und wir fördern eine entsprechende Anerkennungskultur in unserer Kommune.
- Wir unterstützen die Bürger in ihrer Selbstorganisation und helfen, sie in die Lage zu versetzen, ihre Interessen effektiv im Sinne des Gemeinwohls zu organisieren.

## **Ziele der Bürgerorientierung**

### *Selbstverständnis von Politik, Verwaltung und Bürgern*

- Innerhalb der einzelnen Kommunen sollen Politik, Verwaltung und Bürger gemeinsame Vereinbarungen über Ziele hinsichtlich Bürgerorientierung und Bürgerengagement treffen und diese in regelmäßigen Abständen überprüfen.
- Dabei haben Politik, Verwaltung und Bürger die Aufgabe, sich über Leistungen und Standards von Bürgerorientierung und Bürgerengagement zu einigen.

### *Verwaltung*

- Die Verwaltung soll sich als Ermöglichungsverwaltung verstehen und insbesondere für das Engagement der Bürger offen sein.
- Die Verwaltung soll in ihrem gesamten Handeln darauf ausgerichtet sein, für die Bürger von Vorteil und Nutzen zu sein.
- Verwaltung soll Bürgerorientierung als Querschnittsaufgabe begreifen: Die Bürgerorientierung soll sich also im Handeln aller Verwaltungseinheiten wiederfinden.
- Für die Verwaltung soll es handlungsleitend sein, partnerschaftlich aktivierend zusammenzuarbeiten und die Bürger an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.
- Die Mitarbeiter der Verwaltung sollen die Bereitschaft und Kompetenz besitzen, ressortübergreifend zu denken, zuzuhören sowie mit Konflikten und Widersprüchen umgehen zu können.
- Die Verwaltung soll optimal auf die zeitlichen, räumlichen und sachlichen Bedürfnisse und Bedarfe der Bürger eingehen.
- Die Verwaltung soll Initiativen und Anregungen von Seiten der Bürger schnellstmöglich behandeln.
- Die Verwaltung soll Projekte, an denen Bürger direkt mitgewirkt haben, zeitnah umsetzen.

### *Politik*

- Die Politik soll es als ihre Aufgabe ansehen, auf der Basis größtmöglicher Bürgermitwirkung mit dem Ziel des Interessenausgleichs zu handeln.
- Dazu gehört, dass Politiker bereit sind, Bürger in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.
- Wertschätzung, Würdigung und Weiterbildung von Bürgerengagement sollen Teil des politischen Selbstverständnisses sein.
- Das Angebot der Politik an die Bürger soll ernst gemeint und glaubwürdig sein sowie auf Vertrauen aufbauen.

- Die Politik soll Initiativen und Anregungen von Seiten der Bürger schnell behandeln.

### *Bürger*

- Bürger sollen grundsätzlich bereit sein, gegenüber Verwaltung und Politik offen zu sein und ihnen Vertrauen entgegen zu bringen.
- Bürgerengagement soll zur Selbstverständlichkeit werden.
- Die Bürger sollen bereit sein, ggf. mit finanzieller Unterstützung seitens der Kommune, selbstbestimmt öffentliche Aufgaben zu übernehmen.
- Die Bürger sollen die Möglichkeit wahrnehmen, sich, ggf. mit finanzieller Unterstützung durch die Kommune, für die Übernahme öffentlicher Aufgaben zu qualifizieren.
- Bürgerschaftliches Engagement soll Generationen verbinden und Minderheiten einbeziehen.
- Persönliche Interessen bei der Entscheidung sich bürgerschaftlich zu engagieren sollen gesellschaftlich akzeptiert werden. Sie stehen nicht notwendigerweise im Widerspruch zur Gemeinwohlorientierung.

### *Formen der Bürgerorientierung und Bürgermitwirkung*

- Es soll in jeder Kommune bzw. in jedem Stadtteil eine Plattform für öffentliche Kommunikation unter Einbeziehung vorhandener Strukturen und Ressourcen geschaffen werden.
- Zielgruppenspezifische Beteiligungsangebote sollen auf die unterschiedlichen sozialen Gruppen in ihren jeweiligen Lebenssituationen zugeschnitten sein. Dabei ist zu beachten, dass Minderheiten einbezogen werden.
- Bürgeranhörungen und regelmäßige Bürgerbefragungen sollen zur Selbstverständlichkeit werden,
- Der Einsatz der neuen Medien soll als Chance für die Bürgerorientierung genutzt werden.
- Es sollen mehr Formen partizipativer, auch direkter Demokratie zum Einsatz kommen. Dabei sind insbesondere Formen gemeint, die über die gesetzlich verankerten Mitwirkungsformen hinausgehen. Meinungen von Minderheiten sind hierbei zu schützen.

### *Organisation der Verwaltung*

- Die Bürgerorientierte Kommune soll als Ergänzung und Weiterentwicklung der Dienstleistungskommune verstanden werden.
- Das Thema Bürgerorientierung soll sich in allen (neuen) Steuerungsinstrumenten der Verwaltung wiederfinden.
- Struktur, Verantwortlichkeiten, Arbeitsweise und Arbeitsergebnisse der Verwaltung sollen für Bürger transparent und nachvollziehbar sein.

- Bürgerschaftliches Engagement soll ohne bürokratische Hürden möglich sein.
- Die Verwaltung soll zur Unterstützung der Bürgerorientierung projektorientiert, vernetzt und ressortübergreifend arbeiten.
- Die Bürger sollen für ihre Anliegen kompetente Ansprechpartner finden.
- Die Verwaltung soll einen systemischen Wissenstransfer gewährleisten und organisieren.

#### *Unterstützende Infrastruktur*

- Bürgermitwirkung und Bürgerengagement sollen eine institutionelle, eindeutig definierte Verankerung erhalten (z.B. Schnittstellen zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern).
- Den Bürgern bzw. deren Zusammenschlüssen soll eine ausreichende finanzielle Grundausstattung zur Realisierung ihrer Ziele eingeräumt werden.
- Öffentliche Räume sollen den Bürgern für ihr Engagement kostenlos zur Verfügung stehen.
- Das Engagement der Bürger muss auf den unterschiedlichen Ebenen abgesichert werden, vor allem in rechtlicher und finanzieller Hinsicht (z.B. Einrichtungen von Versicherungssystemen für Freiwillige; partielle Steuerbefreiung; Einführung eines Sabbatjahres für Freiwilligenarbeit).
- Es sollen Anreizsysteme entwickelt werden, die zu einem verstärkten Bürgerengagement führen.
- Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung sollen aufrichtige Anerkennung erfahren.
- Es soll eine Koordination und Vernetzung des vorhandenen Bürgerengagements stattfinden.
- Die bereits vorhandenen Formen der Infrastruktur von Bürgerengagement (z.B. Tauschringe) sollen gefördert werden.
- Den Bürger soll der vielfältige und eigenständige Zugang zu den neuen Medien erleichtert werden.
- Die kontinuierliche Qualifizierung aller Akteure soll die Mitwirkungschancen verbessern.